

Neuerscheinung

Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft

Immer wiederkehrende Schlagzeilen über Gewalt in Schulen, Familien und in der Öffentlichkeit haben das Bewusstsein dafür geschärft, dass der innergesellschaftliche Frieden nicht selbstverständlich, sondern gerade in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen gefährdet ist. Viele Kommunen sehen sich überfordert, wenn Gewalt in ethnisierten oder politisierten Formen das gesellschaftliche oder nachbarschaftliche Zusammenleben in Frage stellt. Die bisherigen kommunalen Ansätze der Konfliktbearbeitung – etwa im schulischen Rahmen – erweisen sich als unzureichend. Eine neue Publikation der Stiftung MITARBEIT in Kooperation mit dem Bund für Soziale Verteidigung stellt neue Methoden und Handlungsansätze zur Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft vor. Grundlage bilden Praxisbeispiele aus Deutschland, der Slowakei, den Niederlanden und Frankreich.

Als Antwort auf Gewalt im öffentlichen Raum sind in den letzten Jahren vielerorts Methoden und Konzepte der konstruktiven Konfliktbearbeitung umgesetzt worden. Mediation in Familienstreitigkeiten und Planungsprozessen, Streitschlichtungsprogramme an Schulen und Täter-Opfer-Ausgleich sind heute in vielen Ländern Europas Teil des Regelangebots geworden.

In der konzeptionellen Weiterentwicklung zeigte sich, dass für eine erfolgreiche Konfliktbearbeitung die Kommune als Ganze, der Stadtbezirk und die Nachbarschaft in den Blick genommen werden muss. Weil die Gewalt immer öfter den privaten Rahmen verlässt, setzen die neuen kommunalen Ansätze der Konfliktbearbeitung darauf, die Akteur/innen miteinander zu vernetzen und Systeme der Konflikt austragung zu installieren.

Dies ist jedoch mit Schwierigkeiten verbunden: oft fehlt die Einsicht der staatlichen Seite, dass Repression auf Dauer keine Lösung gesellschaftlicher Probleme bringt oder Konflikte sind

derart komplex oder eskaliert, dass die Akteur/innen nicht mehr an eine friedliche Lösung glauben. Der Aufbau von nachhaltigen Strukturen für eine kommunale Konfliktbearbeitung scheint vordergründig kostspieliger und zeitintensiver als schnelle administrative Lösungen.

Dabei werden jedoch die enormen Potenziale nachbarschaftlicher Netz-

werke verkannt. Die Kraft der eigenen Konfliktlösungsmechanismen größerer oder kleinerer Gemeinschaften bleibt ungenutzt. Gerade in der Aktivierung und Unterstützung dieser nachbarschaftlichen Selbstheilungskräfte, das zeigen die kommunalen Ansätze in Deutschland, Frankreich, der Slowakei und in den Niederlanden, liegt jedoch der Schlüssel zur Bewältigung gewaltsamer Konflikte und für ein demokratisches und kooperatives Zusammenleben in der Kommune.

Drei übergreifende Aspekte spielen in fast allen Projekten zur Konfliktbearbeitung eine Rolle:

- die Lösung des Problems muss vor Ort erfolgen,
- der Umgang mit bestehenden Machtverhältnissen muss geklärt und
- die Nachhaltigkeit der angestoßenen Modellprojekte muss gewährleistet sein.

Kommunale Konflikte sind stets komplex, da eine Vielzahl von Menschen und Gruppierungen direkt oder indirekt vom Konflikt oder durch mögliche Lösungsmaßnahmen betroffen sind. Am Anfang steht daher eine sorgfältige Konfliktanalyse, um die jeweils Beteiligten zu identifizieren und zum Engagement aufzufordern. Dabei ist es wichtig, auch diejenigen in einen Lösungsprozess mit einzubeziehen, die traditionell eher ausgegrenzt werden und/oder ihre Interessen nicht lautstark vertreten. Neben der Auswahl der »richtigen Repräsentant/innen« ist die Organisation eines transparenten und gleichberechtigten Problem- oder Konfliktlösungsprozesses vonnöten, in dem sich die Betroffenen wiederfinden,



Outi Arajärvi
Björn Kunter (Hrsg.)

Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft
Sieben Praxisbeispiele für ein friedliches Miteinander aus Deutschland, der Slowakei, den Niederlanden und Frankreich

Ein Kooperationsprojekt von

(Fortsetzung von Seite 1)

Konfliktbearbeitung ...

mit deren Lösungen sie sich identifizieren und an deren Umsetzung sie sich aktiv beteiligen. Viele Projekte verzichten dabei ganz gezielt auf den Einsatz externer Expert/innen: Konfliktschlichter/innen aus der Nachbarschaft mögen zwar weniger gut ausgebildet sein. Dafür sprechen sie im wahrsten Sinne des Wortes die Sprache der Betroffenen.

Projekte zur Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft nachhaltig in der Kommune zu verankern, heißt sie systematisch zu verstetigen. Zwar ist es notwendig, auf Krisensituationen mit kurzfristigen und innovativen Projekten reagieren zu können. Ziel der Krisenreaktion muss es nach Ansicht der Autor/innen aber sein, langfristige Lösungsprozesse zu ermöglichen. Gerade komplexe kommunale Konflikte brauchen Zeit, damit sie konstruktiv ausgetragen und die Akteur/innen auch bei Rückschlägen motiviert und unterstützt werden können. Letztlich können nur langfristige Prozesse die notwendige Transparenz sowie die Beteiligung und das Engagement der Bürger/innen garantieren.

Zusammenfassend formulieren die Autor/innen Orientierungspunkte für eine systematische und konstruktive Konfliktbearbeitung auf kommunaler Ebene. Erstens: Die Bürger/innen müssen und können ihre Konflikte selber lösen. Zweitens: das ehrenamtliche Engagement der Bürger/innen braucht systematische Unterstützung. Drittens: In etlichen Fällen kann es sinnvoll und notwendig sein, die Konfliktarbeit der Bürger/innen in gewissem Umfang zu bezahlen. Viertens: Konfliktbearbeitung braucht Kontinuität und Krisen.

Arajärvi, Outi/Kunter, Björn (Hrsg.): Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft. Sieben Praxisbeispiele für ein friedliches Miteinander aus Deutschland, der Slowakei, den Niederlanden und Frankreich, Arbeitshilfe Nr. 39, Verlag Stiftung MITARBEIT in Kooperation mit Bund für Soziale Verteidigung, Bonn 2008, 84 S., 8,- €, ISBN 978-3-928053-98-3, zu beziehen über den Buchhandel, die Bundesgeschäftsstelle oder www.mitarbeit.de

Im Fokus: Demokratisierung und Beteiligung

Gesundheit und Zivilgesellschaft, Chancen der E-Partizipation, Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung: das sind nur einige der Themen, mit denen sich Autorinnen und Autoren im Rahmen des neu gestalteten Online-Newsletters des Wegweisers Bürgergesellschaft auseinandersetzen. Durch das neue Format wird der inhaltliche Schwerpunkt des Newsletters mit den Leitthemen Demokratisierung, Beteiligung und Partizipation gestärkt.

In der neuen Rubrik »Im Fokus« gehen Autorinnen und Autoren aktuelle Themen und Fragestellungen der Zivilgesellschaft auch einmal aus ungewohnter Perspektive an, hier finden sich neue Denkanstöße zu gesellschaftlichen Debatten.

So fragt Prof. Dr. Frank Decker, Politikwissenschaftler an der Universität Bonn, warum die Einführung direktdemokratischer Elemente auf Bundesebene trotz aller (fach-)politischen Übereinstimmung nach wie vor in weiter Ferne liegt. Decker macht Vorschläge, wie sich die Stagnation in der Debatte überwinden ließe. Er plädiert für ein realistisches Verständnis dessen, was direkte Demokratie auf Bundesebene leisten kann.

Hannes Koch, Gründer des unabhängigen europäischen Forschungsinstituts e4globe, untersucht die kontroverse Diskussion um gesellschaftlich verantwortliche Unternehmensführung und um

das gesellschaftsbezogene Engagement von Unternehmen in Zeiten der Globalisierung. Nach seiner Ansicht entpuppt sich das freiwillige unternehmerische Versprechen von nachhaltigem und dem Gemeinwohl verpflichtetem Handeln und Wirtschaften allzu oft als bloßes strategisches Kalkül. Koch plädiert für bindende Regeln als Ergänzung der unternehmerischen Selbstregulierung.

Marion Stock, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der RWTH Aachen, stellt mögliche Stolpersteine bei der Umsetzung von Beteiligungsprozessen in der Stadtentwicklung vor und zeigt, wie diesen Hindernissen durch ein professionelles Prozessmanagement begegnet werden kann.

Der 14tägige Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft kann auf der Startseite des Wegweiser Bürgergesellschaft (www.buergergesellschaft.de) abonniert werden. Die aktuelle Ausgabe und das Newsletter-Archiv stehen online unter www.buergergesellschaft.de/nl/

The screenshot shows the website interface for 'wegweiser-buergergesellschaft.de'. At the top, there is a navigation menu with categories like 'Über uns', 'Aktuelles', 'Akteure', 'Engagementförderung', 'Politische Teilhabe', 'Praxishilfen', and 'BBE'. A search bar is visible. The main content area displays 'Newsletter Nr. 15/2008 (01.08.2008) von wegweiser-buergergesellschaft.de'. Below this, there is an 'Inhalt' section with sub-sections: 'Meldungen aus der Bürgergesellschaft' (listing 'Kampagne für Pressefreiheit in China', 'Jugendnetz Menschenrechte', 'Wert des Bürgerschaftlichen Engagements', 'Mehr Demokratie in Thüringen'), 'Im Fokus: Gesundheit und Zivilgesellschaft' (listing 'Expertokratie statt Demokratie', 'Husten, Geranien und Profite: Biopiraterie und gerechter Vorteilsausgleich als Problem der Konvention über die biologische Vielfalt', 'Aufstehen für eine Kultur des Heilens', 'Informationsnetzwerk Migration und Gesundheit', 'Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten'), and 'Publikationen und Veranstaltungen' (listing 'Publikation: Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten', 'Publikation: Social Franchising', 'Veranstaltungshinweise'). On the right side, there is a 'Meldungen zu...' section with a list of topics including 'Bürgerbeteiligung', 'Bürgerschaftliches Engagement', 'Demokratie und Bürgergesellschaft', 'E-Partizipation', 'Eine Welt / Globalisierung', 'Europa', 'Frieden / Konflikte / Gewalt', 'Fundraising', 'Gemeinwesenarbeit / Quartiersmanagement', 'Generationen', 'Geschichte', 'Geschlechter / Gender', 'Gesundheit / Behinderung / Lebenshilfe', 'Inter- und multikulturelle Angelegenheiten', 'Kinder / Jugend / Eltern / Familie'.

Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Mitgestaltung als Herausforderung

»Bürgerkommunen« wollen durch eine Erweiterung der Bürgerbeteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements das Zusammenspiel zwischen Bürger/innen, kommunaler Politik und Verwaltung neu gestalten. Die Verwirklichung dieser Beteiligungs-Strategie schafft für Kommunen auf mehreren Ebenen zukunftsfähige Perspektiven: mit dem verstärkten Wissen um die Bedürfnisse, Probleme und Wünsche, aber auch um die Zufriedenheit der Bürger/innen als den entscheidenden Adressat/innen kommunalen Handelns winkt eine substanzielle Verbesserung der informativischen Grundlagen der kommunalen Entscheidungsprozesse.

Prof. Dr. Helmut Klages von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer sieht zwei Möglichkeiten für Kommunen, mit dem Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung umzugehen.

Eine Kommune kann es sich einfach machen und darauf beschränken, die Beteiligungswünsche von Bürger/innen zunächst einmal an sich herankommen zu lassen, um erst dann auf geeignete Weise zu reagieren. Von diesem Standpunkt gehen gegenwärtig noch die Gemeindeordnungen der Länder aus, in denen bisher nur das

Bürgerbegehren, der Bürgerentscheid und – in einem Teil der Länder – der sog. Bürgerantrag verankert sind.

Wird Bürgerbeteiligung demgegenüber als eine fortdauernde Aktivität verstanden, die grundsätzlich allen Bürger/innen offen steht, verändert sich die Sachlage schlagartig; eine Öffnung des kommunalen Entscheidungssystems ist dann zwingend. Idealerweise besteht dann von Anfang an ein ständiges Dreiecksverhältnis: es gibt fortan drei (Politik, Verwaltung, Bürger/innen) anstatt zwei Akteure, die sich aufeinander

einstellen und die partnerschaftlich aufeinander reagieren müssen.

Vor diesem Hintergrund ist eine Kommune nach Ansicht von Klages in einem ersten Schritt gut beraten, sich mit den Argumenten von Beteiligungskritikern auseinanderzusetzen. In einem zweiten Schritt muss sie sich über die Methoden klar werden, nach denen sie die Meinungs-, Urteils-, Wunsch- oder Vorschlagsäußerungen der Bürger/innen gewinnen will. Schließlich muss sie in einem dritten Schritt die Effektivität der Bürgerbeteiligung sicherstellen. Die Bürgerkommune steht also vor der Herausforderung, mit dem erhaltenen »Input« der Bürger/innen »angemessen« umzugehen und zwar so, dass diese sicher sein können, mit ihren Äußerungen »Gehör« gefunden zu haben.

Vgl. den Artikel von Helmut Klages in: Mitmachen. Mitgestalten. Mitentscheiden. Eine lebendige Bürgerkommune ist möglich. Brennpunkt-Dokumentation Nr. 43, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2008, 60 S., ISBN 978-3-928053-97-6, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland

Qualitätsdimensionen für Beteiligungsvorhaben

Für viele Städte und Gemeinden spielt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der bürgerorientierten Kommunalentwicklung eine wichtige Rolle. Die Bertelsmann Stiftung hat mit ihrer Initiative »mitWirkung!« Qualitätsdimensionen für Beteiligungsvorhaben entwickelt, die für die Entwicklung einer kommunalen Beteiligungsstrategie für Kinder und Jugendliche und für den Erfolg von Partizipationsvorhaben entscheidend sind. Ein wichtiges Ergebnis: die Beteiligungsvorhaben müssen in eine kommunale Gesamtkonzeption eingebunden und durch ein politisches Mandat abgesichert werden.

Die Qualitätsdimensionen von Beteiligungsvorhaben lassen sich nach Auffassung der Initiative entlang verschiedener Leitfragen bestimmen: Wurde ein für Jugendliche attraktives Thema gewählt? Sind die Ziele für alle Beteiligten klar, hinreichend konkretisiert und auf das Alter, das Geschlecht und den sozialen Hintergrund der ausgewählten Zielgruppe ausgerichtet? Konnten wichtige Partner/innen gewonnen werden? Stehen ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfü-

gung? Ist der Transfer der Ergebnisse gesichert?

Für die Selbstevaluation kommunaler Beteiligungsvorhaben stehen auf der Basis dieser Leitfragen verschiedene Evaluationsinstrumente zur Verfügung. Der sog. »Qualitätsrahmen Beteiligungsstrategie« richtet sich dabei an Steuerungsgruppen sowie einzelne Akteur/innen, die für Partizipationsprozesse in der Kommune Verantwortung tragen. Mit diesem Evaluationsinstrument kann die Wirksamkeit der kommunalen Partizipationsstrategie über-

prüft werden. Auf der Projektebene stellt die Initiative »mitWirkung!« ein Selbstevaluationstool zur Verfügung, mit dem Teams ihre Projekte auf der Grundlage der oben aufgeführten Qualitätsfragen planen, steuern, dokumentieren und bewerten können.

Die Initiative »mitWirkung!« der Bertelsmann Stiftung beendet ihre vierjährige Projektarbeit im September 2008. Zum Abschluss ihrer Arbeit werden die gesammelten Erfahrungen an interessierte Kommunen im Rahmen einer Transfer-tagung am 22. September in Berlin weiter gegeben. Die Anregungen, die aus der Begleitung von Modellkommunen nun auch für andere Städte und Gemeinden nutzbar sind, werden zudem in mehreren Publikationen gebündelt.

Nähere Informationen: Meinhold-Henschel, Sigrid/Schack, Stephan: Situation und Handlungsansätze zur Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland, Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 13/2008 unter www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_schack_henschel_080630.pdf

Bedingungen gelingender Beteiligung

Für Kommunen, die eine bürgernahe Politik machen wollen, ist eine aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungsprozessen unverzichtbar. Dies gilt umso mehr in Zeiten leerer öffentlicher Kassen, in denen der politische Handlungsspielraum der Kommunen schrumpft und die Unzufriedenheit der Bürgerschaft wächst. Untersuchungen zeigen, dass die Bürger/innen bereit sind, sich stärker in kommunale Belange einzubringen. Diese Bereitschaft findet in der kommunalpolitischen Praxis allerdings nur wenig Widerhall: Es gibt nur vereinzelte kommunale »Beteiligungsinseln«, wo die Bürgerschaft systematisch an politischen Willensbildungs- und Ent-

scheidungsprozessen beteiligt wird.

Wie kann es gelingen, die lokale Demokratie für die Menschen konkret erlebbar zu machen? Welche Barrieren verhindern eine breite Beteiligung der Bürgerschaft? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des »Forums für Bürger/innenbeteiligung und kommunale Demokratie« (25. bis 27. September 2008 in Rehburg-Loccum). In verschiedenen Werkstätten können die Teilnehmenden strategische Fragen der Bürger/innenbeteiligung erörtern und Lösungen entwickeln. Zudem haben sie Gelegenheit, eigene innovative Projekte und Ideen vorzustellen.

Nähere Informationen bei Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Was bewirken Freiwilligenagenturen?

Schaffen Freiwilligenagenturen mehr Engagementmöglichkeiten, verändern sie Organisationen oder das öffentliche »Klima« für Engagement? Fragen nach der Wirkung von Freiwilligenagenturen stehen im Mittelpunkt der diesjährigen Jahrestagung (3. bis 5. November 2008 in Hamburg), die von der Stiftung MITARBEIT und der bagfa (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen) in Kooperation mit der Körber Stiftung organisiert wird.

In zahlreichen Workshops werden erfolgreiche Konzepte und Strategien vorgestellt, die zeigen, wie Wirkung bei verschiedenen Zielgruppen und mit Kooperationspartnern auch gezielt gestaltet

werden kann. Hinzu kommen Workshops, in denen Know-How aus den Bereichen Projektmanagement, Marketing und Organisationsentwicklung erarbeitet wird. Erstmals wird im Rahmen der Jahrestagung ein »Marktplatz« stattfinden, in denen die Teilnehmenden konkrete Absprachen für eine Zusammenarbeit treffen können.

Im Rahmen der Tagung wird der Innovationspreis für Freiwilligenagenturen 2008 verliehen.

Workshopthemen und Gesamtprogramm auf der Website der Stiftung MITARBEIT unter www.mitarbeit.de.

Nähere Informationen bei Nicole Stollenwerk (stollenwerk@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Praxis Bürgerbeteiligung

Die Prozessverantwortlichen und Initiator/innen von Bürgerbeteiligung stehen vor der Herausforderung, Beteiligungsprozesse erfolgreich, nachhaltig und für alle Teilnehmenden zufrieden stellend zu gestalten. Es gilt aus der Fülle der Beteiligungsmethoden diejenige auszuwählen, die angesichts der gegebenen Situation, der Ziele und der Akteurskonstellationen am Besten passt. Gleichzeitig muss der Prozess Flexibilität zulassen, um eine rasche Reaktion bei Veränderungen und Störungen zu ermöglichen. Kein leichtes Unterfangen angesichts einer Vielzahl von (sehr unterschiedlichen) Akteur/innen,

Erwartungshaltungen, Zielvorstellungen und Rahmenbedingungen.

Im Rahmen des Seminars (17. bis 19. Oktober in Berlin) geht es um die Anforderungen, die heute an die Praxis der Bürgerbeteiligung gestellt werden, um die (Rahmen-) Bedingungen solcher Prozesse und die Umsetzungsmöglichkeiten. Am Beispiel der Praxisprojekte der Teilnehmer/innen werden aktuelle Fragen und Probleme aufgegriffen. Das Seminar richtet sich an alle, die Bürgerbeteiligungsprozesse gestalten, moderieren und organisieren.

Nähere Informationen bei Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Seminar

In der Krise

In jedem Projekt, in jeder Initiative gibt es gute und schlechte Zeiten. Auf einmal bleiben die Aktiven weg und das gesamte Engagement bleibt an Wenigen hängen. Das Ziel gerät aus den Augen, Querelen machen das Zusammenarbeiten zur Qual, die Lust an der Arbeit ist vergangen. Was tun mit Frust, Unlust und Ärger? Was tun, wenn das baldige Ende des Projektes allen Beteiligten klar vor Augen steht? Gibt es Aus-Wege, neue Wege? Wie lässt sich das alte Engagement abschließen, um wieder bereit zu werden für Neues?

In dem Seminar für Initiativen, Projekte und Vereine in der Krise (29. bis 31. August 2008 in Würzburg) stehen die Projekte der Teilnehmenden, ihre Arbeit und ihre Krise im Mittelpunkt. Es geht um Endlichkeit und Trauer, aber auch um Veränderung und Neu-Anfang. Die Teilnehmenden bringen ihre Erfahrungen in die gemeinsame Seminararbeit ein und arbeiten mit kreativen Methoden an ihren Themen.

Nähere Informationen bei Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung MITARBEIT
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Hanns-Jörg Sippel

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Ulrich Rüttgers

Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Straße 37
D-53111 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Ulrike Rietz, Klaus Steinke

Vorsitzende des Stiftungsrates:
Birgit Moos-Hofius

Geschäftsführer: Hanns-Jörg Sippel

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.